

Kritik an Berufsbekleidung aus Vietnam

Länder und Kommunen kaufen jedes Jahr für mehrere Millionen Euro Warnschutz- und Regenjacken, Hemden für die Feuerwehr und andere Berufsbekleidung. Die Ware kommt zum Teil aus Vietnam, wo die Arbeitsbedingungen ausbeuterisch sind und nicht den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation entsprechen.

Von Axel Schröder

Duong Thi Viet Anh arbeitet für das vietnamesische Center for Development and Integration. Auf Einladung der gewerkschaftsnahen Christlichen Initiative Romero war sie heute nach Hamburg gekommen. Und berichtete darüber, unter welchen Bedingungen Kleidung und Computer-Hardware in Vietnam produziert werden, um dann von den deutschen Ländern und Kommunen eingekauft zu werden.

"Die Menschen werden dazu gezwungen, Überstunden zu machen. Und das vietnamesische Durchschnittseinkommen ist im Vergleich zu dem in anderen asiatischen Ländern sehr niedrig und das macht den Arbeitern das Leben sehr schwer!"

Neben Duong Thi Viet Anh sitzt Christian Wimberger von Romero. Die Organisation hat ausgerechnet, dass die öffentliche Hand in Deutschland jedes Jahr allein für Arbeitsbekleidung rund 100.000 Euro ausgibt.

"Wir wissen von mindestens fünf Arbeitsbekleidungsmarken, die in Vietnam in Zulieferfabriken produzieren lassen. Das sind zum Beispiel Arbeitsschutzjacken, Uniformen für Krankenpflegerinnen oder auch Schutzbekleidung für Feuerwehrmänner zum Beispiel."

"Die Strafen bei Verstößen sind sehr gering"

Insgesamt, so die Schätzung von Christian Wimberger, werden für Arbeitsbekleidung, für Computer und Büroausstattung jedes Jahr sogar 250 bis 480 Milliarden Euro von deutschen Behörden und Ämtern ausgegeben. Ein Teil davon in Ländern wie Vietnam, in denen es immer noch Kinderarbeit und nur relativ machtlose Einheitsgewerkschaften gibt.

"Wir sagen, dass die öffentliche Hand die Verantwortung hat aufgrund dieser enormen Einkaufsmacht tatsächlich auch die Arbeitsbedingungen vor Ort, in den Zulieferbetrieben zu verändern. Und sie kann Druck auf Unternehmen ausüben durch ihren Einkauf."

Dass die vietnamesische Regierung in den letzten Jahren neue Gesetze für einen besseren Arbeitsschutz in den rund 6.000 Fabriken des Landes verabschiedet hat, beruhigt Duong Thi Viet Anh nicht.

"Die Strafen bei Verstößen sind sehr gering. Verglichen mit den Profiten, die die Unternehmen machen, wenn sie sich nicht an die Regeln halten."

Einige Bundesländer haben schon vor Jahren auf die Missstände in den Billiglohnländern reagiert. In Nordrhein-Westfalen oder Hamburg muss bei allen Großeinkäufen darauf geachtet

werden, dass die Mindeststandards der ILO, der Internationalen Arbeits-Organisation der Vereinten Nationen eingehalten werden.

Quelle: http://www.deutschlandfunk.de/laender-und-kommunen-kritik-an-berufsbekleidung-aus-vietnam.769.de.html?dram:article_id=323441 – eingesehen am 24.06.2015